

## Hilfen für Griechenland, aber kein weiter so

### Reine Kreditermächtigung reicht nicht aus

**D**iese Woche wurde bestimmt von einem Thema: Griechenland. Wieder einmal muss sich der Bundestag mit den Folgen von Spekulationen beschäftigen und im Eilverfahren den Weg frei machen für Kredite von 22,4 Mrd. Euro für die nächsten drei Jahre. Dieses Geld soll dem griechischen Staat die nötige Zeit verschaffen, Vertrauen auf den Märkten wiederherzustellen und schmerzhaft Reformen durchzuführen. Die beschlossenen Reformen der griechischen Regierung sind hart und beispiellos. Das Land verdient Respekt und Unterstützung für den nun eingeschlagenen Weg. Vorschläge, wie den Verkauf von Inseln, wie sie Abgeordnete der CDU gemacht haben, sind schäbig und zeigen mangelnde Solidarität. Damit das Land sein ehrgeizigen Ziele erreichen kann und in Zukunft zu ausgeglichenen Haushalten kommen kann, ist es auf die Hilfen der europäischen Partner und des Internationalen Währungsfonds (IWF) angewiesen.

Der griechische Staatshaushalt hat in der Vergangenheit sowohl unter dauerhafter Einnahmeschwäche als auch überbordender Ausgaben gelitten. Die neu ins Amt gekommene sozialdemokratische Regierung hat mit dem Lügenhaushalt und den Bilanzfälschungen der konservativen Vorgängerregierung gebrochen und die wahre finanzielle Lage Griechenlands veröffentlicht. Damit wurde auf den Märkten ein Teufelskreislauf aus Ratingabwertungen der griechischen Papier und stark steigen-

den Risikoprämien in Gang gesetzt. Dadurch geriet die Zahlungsfähigkeit Griechenlands in Gefahr. Der Markt hatte kein Vertrauen mehr. Als wir 2008 mit der Pleite von Lehman-Brothers in einer ähnlichen Situation waren, hat die große Koalition mit sozialdemokratischen Konzepten entschlossen gehandelt und wieder Vertrauen hergestellt.

Leider hat die Bundeskanzlerin mit Blick auf die anstehenden NRW-Wahlen versucht, das wahre Ausmaß der Krise in Griechenland und der damit verbundenen Gefahr für den Euro zu verschweigen. Ein frühzeitiges Eingreifen und klare Signale der größten Wirtschaftsnation in Europa, hätte die nun eingetretene Spekulationen gegen Griechenland und den Euro verhindert. Merkel hat Entscheidungen verschleppt, Krisenfolgen und Kosten verschwiegen und die

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich habe mich heute bei der Abstimmung über die Griechenlandhilfe der Stimme enthalten. Ich bin ganz klar für die Hilfen und die Solidarität mit Griechenland, allerdings kann ich der Kapitulation vor den Finanzmärkten, die die Koalition heute vorgeschlagen hat nicht zustimmen. Ich will mit diesem ABI meine Entscheidung erläutern.

Euer,

Achim Barchmann



Menschen in diesen zentralen Fragen hinter Licht geführt. Die widersprüchlichen Signale der Bundesregierung haben die Verunsicherung auf den Märkten weiter geschürt und so die Zinsen in Griechenland in Höhen getrieben, die nicht mehr zu finanzieren waren. Das Taktieren der Bundesregierung hat das Ansehen und das politische Gewicht unseres Landes schwer beschädigt. Aber nicht nur das: Der IWF-Direktor Strauss-Kahn hat deutlich gemacht, dass die zögerliche Haltung von Frau Merkel die Märkte nicht beruhigt, sondern die Rettung Griechenlands und damit auch des Euros deutlich verteuert hat.

Am 23. April hat der griechische Ministerpräsident Georgios Papandreou Finanzhilfe bei den Euro-Ländern und dem IWF beantragt. Durch die Weigerung der Koalition schon vor diesem Datum über möglich Hilfen zu beraten, ergab sich ein enormer Zeitdruck auf den Deutschen Bundestag. So musste innerhalb einer Woche ein Gesetz für die Kreditzusage über insgesamt 22, 4 Mrd. Euro durchgepeitscht werden. Die SPD-Bundestagsfraktion hat dafür den Weg frei gemacht und auf die sonst üblich Fristen bei der Beratung von Gesetzentwürfen verzichtet.

Wir haben uns in den Ausschüssen engagiert für die Hilfen Griechenlands eingesetzt. Aber ein solches Rettungspaket kann nur effektiv und nachhaltig sein, wenn es dazu beiträgt, verlorenes Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der europäischen Staaten zurückzugewinnen, Spekulationen einzudämmen, Lasten gerecht zu verteilen und die Stabilität des Euros

dauerhaft zu gewährleisten. Deshalb haben wir als SPD-Bundestagsfraktion klare Forderungen aufgestellt. 1. Einführung einer Finanztransaktionssteuer, 2. Risikobeteiligung von Banken und Inverstoren, 3. Regulierung von Rating-Agenturen verbessern und Gründung einer europäischen Rating-Agentur, 4. spekulative Geschäfte mit Kreditausfallversicherung sowie 5. Leerverkäufe verbieten. 6. müssen der Anleger- und Verbraucherschutz in Europa verbessert werden.

Diese Forderungen zielen darauf ab, dass solch eine Krise in der Zukunft verhindert wird und die Demokratie wieder Vorrang vor dem Markt hat. Entscheidungen in einem sozialen und demokratischen Europa müssen in der Demokratie gefällt werden und nicht bei Banken und Spekulanten. Diese Forderungen waren Bedingung für unsere Zustimmung für das Gesetz. Die Bundesregierung hat die ausgestreckt Hand der SPD-Bundestagsfraktion ausgeschlagen.

Ich konnte einem solchen Milliardenkredit, den ich als überzeugter Europäer für richtig halte, nicht ohne Vorbedingungen zustimmen. Frisches Geld alleine reicht zur Bewältigung der Krise nicht. Es müssen klare Regeln für die Finanzmärkte her. Ich akzeptiere nicht, dass wieder die Arbeitnehmer, Schüler, Studenten, Familien oder Mittelständler, egal ob in Deutschland oder Griechenland, alleine für die Kosten der von Spekulanten verursachten Krisen aufkommen. Deshalb habe ich dem Gesetzentwurf der Bundesregierung nicht zugestimmt.

#### Anmerkungen zu den Berichterstattungen über Griechenland:

Ich finde es unerträglich wie in einigen Medien und auch Teilen der deutschen Politik eine chauvinistische Stimmung gegen Griechenland und seine Bürger betrieben wurde. Populistische Forderungen, wie der Verkauf von Inseln, oder Berichte über die angeblich so faulen Griechen, empfinde ich als unaufrichtig und ekelhaft. Die Griechen sind diejenigen, die am meisten unter der Krise zu leiden haben. Es sind Fehler in der Vergangenheit gemacht worden. Aber anstatt das Land und seine Bürgerinnen und Bürger zu diffamieren, sollten wir die wirklich schmerzhaften Reformbemühungen der Regierung anerkennen und das Land bei seinem schwierigen Weg solidarisch

## Schnupperkurs Politik

### Einladung an interessierte Jugendliche

Junge Menschen sind nicht unpolitisch, vielen fehlt nur der nötige Einstieg in die Materie Politik und Partei. Das ist meine persönliche Erfahrung, die ich im Wahlkreis Wolfsburg-Helmstedt gemacht habe. Daher möchte ich jungen Menschen einen Schnupperkurs Politik anbieten:

Für alle Interessierten im Alter von 16-21 Jahren besteht die Möglichkeit, einen Einblick in die Kommunal-, Landes- und Bundespolitik zu bekommen. Im Rahmen des Schnupperkurses werden den Jugendlichen die theoretischen Grundlagen der bundesdeutschen Politik anschaulich nähergebracht. Daneben gilt es aber auch, Erfahrungen in der praktischen politischen Arbeit zu sammeln. In einem Zeitraum von sechs Monaten werden die Teilnehmer bei ausgewählten Terminen die kommunal-, landes- und bundespolitische Ebene kennenlernen und Politiker bei ihrer Arbeit begleiten. Als abschließendes Highlight ist ein Besuch im Deutschen Bundestag in Berlin geplant. Dort können sich die Teilnehmer einen Eindruck von meiner Arbeit als Bundestagsabgeordneter verschaffen und Einblicke in die Arbeit von Arbeitsgruppen, Ausschüssen und Ministerien bekommen.

Ich würde mich sehr freuen, wenn sich viele junge Menschen für den Schnupperkurs anmelden. Er bietet eine hervorragende Möglichkeit, Politik hautnah mitzerleben. Alle Interessierten sind eingeladen, sich bis zum 31. Mai 2010 entweder postalisch in meinem Wahlkreisbüro, Schillerstraße 6-8, 38440 Wolfsburg oder per E-Mail unter der Adresse [heinz-joachim.barchmann@wk.bundestag.de](mailto:heinz-joachim.barchmann@wk.bundestag.de) anzumelden. Fragen können auch gerne direkt an meine Wahlkreismitarbeiterin Annika Döweling gerichtet werden.

### Termine - Hier könnt Ihr mich treffen:

- 10.05. 14.00-15.00 Uhr Bürgersprechstunde in Lehre, Rathaus, Marktstraße 10, Lehre
- 11.05. 18.00-20:00 Uhr Jahreshauptversammlung OV Vorsfelde, Ludwig-Klingemann-Haus (Amtsstraße 35), Vorsfelde
- 13.05. 11.00-13.00 Uhr SchützenFestEssen Schützengesellschaft Wolfsburg e.V., Festzelt im Allerpark Wolfsburg

## Nahles in Schöningen

### Erneuerung der SPD beginnt vor Ort

Auf Einladung des SPD-Unterbezirks Helmstedt sprach SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles am vergangenen Samstag im Herzoginnensaal des Schöninger Schlosses und referierte zum Thema „Erneuerung der SPD“. Im Vortrag und in der anschließenden Diskussion wurde ungeschönt die aktuelle Situation der Partei erörtert. Das schlechte Resultat der Bundestagswahl war die Folge einer Politik, die nicht mehr nahe genug an den Menschen war. Die Regierung in Berlin entfernte sich immer mehr von den akuten Problemen der Menschen vor Ort. Ich bin froh, dass die Parteiführung dies erkannt hat und nun gegensteuert. „Die SPD ist heute wegen Umbau geöffnet“ hat Andrea am Schluss ihres Vortrags gesagt. Und das ist genau der Ansatz, den wir jetzt auf allen Ebenen verfolgen müssen. Wenn wir die Sorgen



und Nöte der Menschen in greifbare Politik umsetzen, dann werden wir verlorenes Vertrauen zurückgewinnen. Wenn ich mir anschau, wie viele Diskussionen, Workshops, Werkstätten und Ideenforen im Augenblick in der Partei angestoßen werden, bin ich mir sicher, dass wir das schaffen. Mit Eurer Beteiligung können wir die sozialdemokratische Sache wieder ordentlich voran bringen—für eine gute sozial gerechte Politik, die in der Kommune, in Niedersachsen und im Bund für jeden einzelnen spürbar ist.